

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII.50

13. März 1972

Ver schwerer Entscheidung

Die Verantwortung der Vertriebenenverbände

Von Manfred Wende MdB

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Schwergeachtete Betriebsarbeit

Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozial-  
demokratischer Betriebsgruppen

Von Werner Staak MdB

Stellv. Vorsitzender des Beirates für Arbeit-  
nehmerfragen beim SPD-Parteivorstand

Seite 3 und 4 / 46 Zeilen

Das zweigeteilte Bonn

Schwierige Sanierungsprobleme der Bundes-  
hauptstadt

Von Wilderich Freiherr Ostmann von der Leye MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsbankhaushaltsaus-  
schusses

Seite 5 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Haussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 646 / 686 647/  
686 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Vor schwerer Entscheidung

Die Verantwortung der Vertriebenenverbände

Von Manfred Wende MdB

Die in Gang gekommenen parlamentarischen Beratungen der Ostverträge im Deutschen Bundestag haben mit ihrer ersten Lesung in der vor vierzehn Tagen zugleich auch einen ersten Höhepunkt erreicht. Es wurde deutlich, daß die CDU/CSU-Opposition noch keine Antwort auf die wiederholt gestellte dringliche Frage Herbert Wehnert's hatte, welche Haltung sie nämlich nach dem Inkrafttreten der Verträge einzunehmen beabsichtigt. Dieselbe Frage müssen sich auch die Führer der deutschen Vertriebenenverbände und Landsmannschaften stellen lassen.

Soll es dabei bleiben, daß die Spitzen dieser Organisationen durch ihr gelegentlich militanten Auftreten sich weiter an die Seite der CDU/CSU drängen und gegen die Verträge - und damit gegen die SPD/FDP-Regierung - Sturm lauert? Dies würde schwerlich dem Willen all derer entsprechen, die zu vertreten sie sich überhaupt nicht vorgeben. Es ist nicht vorstellbar, daß Schüler u. Ost- und Westpreußen, Pommer, Sudetendeutsche und andere Vertriebene oder Flüchtlinge, die seit vielen Jahren - die meisten schon im dritten Jahrzehnt - in der Bundesrepublik leben und sich mit ihren Familien in der neuen Heimat in diesem Teil Deutschlands wahrhaft heimisch fühlen, durchweg Gegenstand der Friedenspolitik dieser Regierung und einer Anrechnung mit der belächelten Nachbarbevölkerung sein können. Es spricht vieles dafür, daß es sogar die überwiegende Mehrheit in diesen Bevölkerungskreisen ist, eine schweigende Mehrheit sozusagen, die ganz für die Außenpolitik der Regierung Brandt/Scheel ist. Sie haben sich nicht weniger Liebe und Treue zu ihrer früheren Heimat bewahrt als diejenigen, die ständig davon sprechen und bestimmte einseitige politische Ziele damit verfolgen.

Die Führer der Vertriebenenverbände täten gut daran, sich schon jetzt darauf einzustellen, ihr Verhältnis zu dieser Teil-

unserer Bevölkerung zu überprüfen.

Genauso wie die CDU/CSU die Entscheidung höchstens vertagen, nicht aber auslassen kann, wie sie nach Inkrafttreten der Verträge mit diesen zu leben gedenkt, so werden auch die Vertreter der Vertriebenenverbände sich fragen müssen, welches Verhältnis sie dann zur SPD/FDP-Regierung im Interesse der von ihnen Vertretenen pflegen wollen.

Die von ihnen ungeliebte Regierung wird ihre Verpflichtung, das, was materiell möglich ist, um den Integrationsprozeß der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, sowie der noch zu erwartenden Aussiedler weiter zu fördern, unbeirrt einlösen.

Über vier Millionen Vertriebene konnte bisher die Hauptentschädigung zuerkannt werden. Von über sieben Millionen Anträgen auf Feststellung von Vertreibungsschäden, Kriegsschäden und Ostschäden nach dem Feststellungsgesetz waren Ende 1971 nur 4,32 v. H. noch nicht abschließend bearbeitet. Das Bundeskabinett befaßte sich in der vergangenen Woche mit der 25. Lastenausgleichsnovelle abschließend und hat sie dem Bundesrat zugeleitet. Diese bringt als entscheidende Reform eine Dynamisierung der Unterhaltshilfe einschließlich des Selbständigenzuschlags vom 1. Januar 1973 ab. Darüber hinaus können alle früher selbständig und wirtschaftlich abhängig gewesenen Personen in die Unterhaltshilfe hineinwachsen, sofern dieser Personenkreis bereits in den Verteilungsgebieten und in Mitteldeutschland mindestens zehn Jahre zu den ehemals selbständigen und wirtschaftlich abhängigen Personen gehört hat.

Das sind nur einige Beispiele aus einer Fülle von Maßnahmen, die noch zu treffen sein werden, um der Lastenausgleich eines Tages endgültig abzuschließen.

Die verlorene Heimat kann keine deutsche Regierung wiedergeben, aber das wußten auch schon frühere, von der CDU/CSU geführte Regierungen - und das wissen auch die Vertreter der Vertriebenenverbände. Leider haben sie dies den Vertriebenen nie in aller Klarheit gesagt, ja, sie haben nicht selten falsche Hoffnungen geweckt.

Nach dem Inkrafttreten der Verträge sollten sie mit klarem Blick das Gemeinsame mit der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien von SPD und FDP suchen, um für diejenigen, die unter den bitteren Folgen des verlorenen Hitler-Krieges besonders stark zu leiden haben, das zu tun, was menschenmöglich ist.

u-/ex/

Schwergewicht Betriebsarbeit

Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft  
sozialdemokratischer Betriebsgruppen

Von Werner Staak KdB

Stellv. Vorsitzender des Beirates für  
Arbeitnehmerfragen beim SPD-Parteivorstand

Dem Beschluß des Parteivorstandes, den bisherigen SPD-Betriebsgruppen den Rang einer Arbeitsgemeinschaft mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten innerhalb der Partei einzuräumen, kommt große Bedeutung zu. Damit erhält die politische Betriebsarbeit den richtigen Stellenwert innerhalb der Partei. Trotz regionaler Unterschiede läßt sich feststellen:

- Die Betriebsgruppen haben eine lange Tradition innerhalb der Partei;
- die Darstellung der Politik der SPD in Betrieben und Gewerkschaften gehört zu den Selbstverständlichkeiten der SPD-Betriebsgruppen;
- die SPD-Betriebsgruppen stellten sich der Auseinandersetzung mit radikalen Kräften in Betrieben und Verwaltung.

Von dieser Basis aus gilt es, den Beschluß des Parteivorstandes mit Substanz zu füllen. Die Gremien der SPD werden die Richtlinien über den künftigen Organisationsaufbau beschließen. Damit werden die bisher noch nicht aktivierten Bereiche in der Bundesrepublik erfaßt. Ohne den Beschlüssen vorgreifen zu wollen, kann schon heute gesagt werden, daß der bisherige "Beirat für Arbeitnehmerfragen" durch einen von einer Bundeskonferenz zu wählenden "Bundesvorstand" ersetzt wird.

Diese Aufgaben müssen von der Organisation in diesem Jahr erledigt werden. Sie müssen sich einpassen in die politische Aufgabenstellung der Partei, die zielstrebig auf die Wahlauseinander-

satzung 1973 entwickelt wird. Organisationswahlen sind Qualitätsprüfungen für den Stand der bisherigen politischen Betriebsarbeit. Daher gehört es wie bis jetzt zu den Aufgaben der SPD-Betriebsgruppen, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung der Arbeitnehmerschaft zu leisten und ihre politische Vorstellung in die Diskussion der Partei einzubringen.

Die unritzebare Aufgabe stellt sich in der Unterstützung der Vorbereitung und Ausführung der Betriebsratswahlen. Sozialdemokraten werden als Gewerkschaftler in den Betrieben wie dafür zu sorgen haben, daß es zu gewerkschaftlichen Einheitslisten bei den Betriebsratswahlen kommt. Jede Zerspaltung geht zu Lasten der einheitlichen Vertretung der Arbeitnehmer im Betrieb. Für die gesamte Arbeitnehmerschaft wird die Betriebsratswahl 1972 ganz erhebliche Bedeutung als politische Willensäußerung nach den neuen Rechten des Betriebsverfassungsgesetzes haben.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das von den Betriebsgruppen organisierte "Große Gespräch" in vielen örtlichen und regionalen Veranstaltungen mit tausenden von Arbeitnehmern. Dabei wird in der politischen Auseinandersetzung auch klar zu sehen sein, in welchem Maße die Lebensbedingungen einzelner von der Entwicklung der Gemeinschaftseinrichtungen abhängen. Nur durch beispielhafte realistische Diskussion wird verdeutlicht, wie sehr durch die Politik dieser Bundesregierung die Integration der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft vorangebracht wird.

- (er 13.3./77)

## Das zweigeteilte Bonn

---

### Schwierige Sanierungsprobleme der Bundeshauptstadt

Von Wilderich Freiherr Ostmann von der Leyen MdB  
Stellv. Mitglied des Bundestagshaushaltsausschusses

Dem Bonner Unglück der Zweiteilung der Stadt durch die Bundesbahn sollte schon im Jahre 1905 gesteuert werden. Damals trat Kaiser Wilhelm II., der ein wenig in Bonn herumstudiert hatte, für die Tieflage der Bundesbahn ein.

Seitdem sind fast siebenzig Jahre vergangen, in denen von Zeit zu Zeit diese löbliche Absicht verbal bekundet worden ist. Zuletzt durch einen Ratsbeschluss der alten Stadt Bonn in den frühen 60iger Jahren. Nachdem das damalige Bundeskabinett wohl eine Finanzausgabe gemacht, jedoch kein Geld überwiesen hatte, beschloß der Rat einige Jahre später, damit überhaupt etwas geschehe, die sogenannte Gleichlage, zumal mit der Nord-Süd-Fahrt für den Individualverkehr diesmal sicher keine optimale - sondern die bei der damaligen Einstellung der Bundesbahn einzig durchführbare Lösung war.

Nachdem nun die Bundesregierung ein Expertenkolloquium bestellt hatte, das Aussagen zur Funktion Bonns als Bundeshauptstadt machen sollte und dieses Expertengremium zu dem Ergebnis kam, daß die Gleichlage von Bahn und Nord-Süd-Fahrt aus Gründen des Umweltschutzes und aus städtebaulichen Gründen nicht durchgeführt werden sollte, hat der Rat der neuen Stadt Bonn nunmehr den "Gleichlagebeschluss" aufgehoben und zugleich wiederum beschlossen, die Bundesbahn tiefzulegen.

Die Frage des Durchgangsverkehrs mit Kraftwagen soll getrennt von diesem Problem noch einmal untersucht werden. Ich hatte durch eine Anfrage im Bundestag bereits zum Ausdruck gebracht, daß ein Teil des Durchgangsverkehrs durch beschleunigten Ausbau der linksrheinischen Autobahn, des Herseler Kreuzes und der Verbindung B 9, linksrheinische Autobahn bei Sinzig abgezogen werden könnte. Jedoch muß man sehen, daß man den Binnen- und Quellverkehr auf diese Weise nicht allein bewältigen kann. Eine einzige Nord-Süd-Straße bei einer so langgezogenen Landschaft, wie die Stadt Bonn, kann keine genügende Verbindung zwischen den einzelnen Stadtteilen herstellen.

Der öffentliche Nahverkehr ist noch so schlecht ausgebaut, daß er auf absehbare Zeit den Individualverkehr nicht voll ersetzen kann.

Es muß nun so schnell wie möglich eine konkrete Planung vorgelegt werden, die sowohl die Tieflage der Bundesbahn ausführungsfähig macht, wie auch die Frage des Binnen- und Quellverkehrs ohne Zerstörung der Stadt löst. Dabei kann es nicht nach dem Motto gehen: Heiliger St. Florian, schon unser Haus, zünd' andere an.

Die Bundesregierung und der Bundestag müssen sich aber auch darüber im klaren sein, daß es ihre eigene Hauptstadt ist, die es zu sanieren gilt. Wie soll ein Siedlungsraum funktionsfähig werden, der über Jahre als sichtbares Provisorium behandelt worden ist? Die hier anstehenden beiden Probleme stellen die Voraussetzung dar für alle weiteren städtebaulichen Fragen, die bisher noch nicht zufriedenstellend gelöst wurden. Es wird jetzt höchste Zeit, daß endlich gehandelt wird. (-/ex/13.3.1972/ks)